

## **C-04** Das Recht auf Asyl gilt uneingeschränkt – auch in der Krise

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 21.04.2020  
Tagesordnungspunkt: C Corona und die Folgen

1 Die zivilisatorische Errungenschaft des individuellen Rechts auf Asyl ist einer  
2 der menschenrechtlichen Grundpfeiler des internationalen und deutschen Rechts  
3 und der Europäischen Union. Es muss geschützt werden, zu jeder Zeit. Doch schon  
4 vor der Pandemie haben die Mitgliedsstaaten der EU es nicht vermocht, dieses  
5 Recht zu achten und gemeinsam zu schützen. Sie ließen zu, dass Menschen auf der  
6 Flucht ertranken und in überfüllten Lagern auf europäischem Boden monate- und  
7 jahrelang feststecken. Eine solidarische Verteilung der Menschen, die nach  
8 Europa kamen, war ebenso nicht erreicht wie ein gemeinsames europäisches  
9 Asylsystem.

10 Jetzt, in Zeiten der Krise, drohen diese Versäumnisse zu einer noch größeren  
11 Katastrophe zu werden: Die von einigen Ländern der EU zugesagte Verteilung  
12 besonders schutzbedürftiger Menschen aus den überfüllten Lagern auf den  
13 griechischen Inseln verzögert sich lebensgefährlich. Und auch auf dem Mittelmeer  
14 haben sich die EU-Mitgliedsstaaten aus der Verantwortung gezogen. Wenn  
15 Schutzsuchende im zentralen Mittelmeer gerettet werden, verdanken wir das einzig  
16 und allein dem Engagement der ehrenamtlichen Seenotrettungsorganisationen. Die  
17 Pandemie stellt jeden EU-Mitgliedsstaat vor schwierige Herausforderungen.  
18 Momentan wird sie jedoch als Vorwand genutzt, um Hilfsorganisationen beim Retten  
19 von Menschenleben zu behindern und die staatliche Seenotrettung weiter  
20 auszusetzen. All das nun mit dem Hinweis auf die Gefährlichkeit des Virus, auf  
21 fehlende gesundheitliche Ressourcen in Südeuropa und aus Angst vor weiteren  
22 Infizierten. Doch Europa darf Menschen nicht ertrinken lassen, die man retten  
23 könnte.

24 Das Corona-Virus unterscheidet nicht nach Herkunft, Religion oder Aussehen. Es  
25 fragt nicht danach, ob wir aus Deutschland, Afghanistan oder Syrien sind. Es  
26 gefährdet uns alle. Und es ist, nach den Worten des Bundespräsidenten, eine  
27 Prüfung für unsere Menschlichkeit. Für uns Grüne ist klar, dass wir diese Krise  
28 nur gemeinsam meistern. Wir riskieren keine Toten, wo wir Leben retten können –  
29 nicht hier, aber auch nicht in Italien, Griechenland oder auf dem Mittelmeer.  
30 Wir setzen europäische Werte und Solidarität nicht aufs Spiel, wo sie dringender  
31 denn je gebraucht werden. In der Corona-Krise haben wir ein Ziel: Wir lassen  
32 niemanden zurück, auch nicht die Geflüchteten in Deutschland und an den  
33 europäischen Außengrenzen.

### **Schutzbedürftige aufnehmen, menschenwürdige Bedingungen schaffen, vor Corona schützen**

36 Durch die Corona-Krise hat sich die Verteilung der Menschen aus den überfüllten  
37 Lagern auf den griechischen Inseln nochmal lebensgefährlich verzögert.  
38 Eigentlich hatten Anfang März sieben Mitgliedstaaten angekündigt, insgesamt  
39 1.600 besonders Schutzbedürftige von dort aufzunehmen. Doch bis heute haben

40 lediglich Luxemburg und Deutschland Menschen zu sich geholt – zusammen insgesamt  
41 59 Kinder. Das ist nicht mehr als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.  
42 Mehr als 35.000 Geflüchtete stecken auf den griechischen Inseln fest, 18.000  
43 alleine im Camp Moria auf Lesbos, das ursprünglich für 3.000 Menschen konzipiert  
44 war. Es fehlt an Medikamenten, Toiletten, Platz zum Abstandhalten. Nicht einmal  
45 fließend Wasser gibt es jeden Tag. Niemand kann sich dort ausreichend vor einer  
46 Ansteckung mit dem Covid-19 Virus schützen. Auf ganz Lesbos gibt es nur sechs  
47 Intensivbetten. Angesichts dieser Bedingungen ist es nur nachvollziehbar, dass  
48 die Geflüchteten große Angst um sich und ihre Liebsten in den Camps haben, wenn  
49 das Virus dort ankommt. Dass die Bundesregierung es nach langem Ringen geschafft  
50 hat, gerade einmal rund 50 Kinder aufzunehmen, ist unter diesen Umständen  
51 beschämend.

52 Viele Städte und Gemeinden in Deutschland und auch in anderen europäischen  
53 Staaten, selbst ganze Bundesländer haben ihre Bereitschaft signalisiert, viel  
54 mehr Menschen aufzunehmen. Darum müssen nun sofort zumindest die besonders  
55 schutzbedürftigen Menschen, also Kinder, Schwangere, chronisch Kranke, Menschen  
56 mit Behinderung und Ältere von den Inseln geholt werden. Die Bundesländer, die  
57 deutlich erklärt haben, dass sie Kapazitäten für mehr Menschen haben und  
58 aufnehmen wollen, müssen nun aktiv werden, Landesaufnahmeanordnungen erlassen  
59 und mit dem Bundesinnenminister ein Einvernehmen über die Aufnahme herstellen.  
60 Doch einzelne Bundesländer können die Probleme der Europäischen Asylpolitik  
61 nicht im Alleingang lösen. Sie können nur ihren Beitrag leisten und vom  
62 Bundesinnenministerium einfordern, dass Deutschland die eigenen Möglichkeiten  
63 nutzt und endlich Verantwortung übernimmt.

64 **Wir Grüne fordern, in den nächsten Wochen zuerst die besonders schutzbedürftigen**  
65 **Menschen, wie unbegleitete Minderjährige, Familien mit kleinen Kindern oder**  
66 **Corona-Risikofälle zu evakuieren.** Familien dürfen nicht auseinandergerissen  
67 werden, auch wenn sie durchs enge Raster der Kernfamilien-Definition in der  
68 Dublin-Verordnung fallen. Es ist absurd, wenn ein minderjähriger Junge nach  
69 Deutschland kommt und von seiner Schwester getrennt wird, die mit einem kleinen  
70 Kind in Moria zurückbleibt.

71 Aufgrund der Ausbreitung von Covid-19 können derzeit viele Visa mangels  
72 Flugverbindungen nicht genutzt werden und verfallen. Daher braucht es einen  
73 großzügigen Umgang mit Fristen und Verlängerungen von bereits ausgestellten  
74 Visa. Da dies auch den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten in  
75 Deutschland betrifft, der ohnehin auf maximal 1.000 Menschen pro Monat begrenzt  
76 ist, fordern wir die Übertragung nicht ausgeschöpfter Kontingente auf die Zeit,  
77 in der konsularischer Betrieb wieder vollumfänglich aufgenommen werden kann und  
78 Flugverbindungen existieren. Sobald es wieder möglich ist, sollten die  
79 Visaabteilungen personell aufgestockt werden, um zügig die aufgestauten Anträge  
80 abarbeiten zu können.

81 Um Menschen nicht noch länger im Ungewissen zu lassen, setzen wir uns dafür ein,  
82 die 6-monatige Dublin-Rücküberstellungsfrist nicht zu verlängern oder  
83 auszusetzen, sondern die Zuständigkeit für das Asylverfahren nach Ablauf der  
84 Frist anzuerkennen.

85 Auch die EU-Kommission muss ihren Teil dazu beitragen, die menschenunwürdige  
86 Situation in den Lagern auf den griechischen Inseln zu beenden und dabei  
87 unterstützen, dass die sichere Aufnahme der Geflüchteten in anderen EU-  
88 Mitgliedsstaaten finanziert wird. Statt 280 Millionen Euro dafür auszugeben,

89 überfüllte Lager einige Kilometer weiter durch geschlossene Freiluftgefängnisse  
90 für die Geflüchteten zu ersetzen, sollte die medizinische und humanitäre  
91 Versorgung der Menschen verbessert werden.

## 92 **Häfen öffnen, Menschenleben retten**

93 Über Ostern wurde von überfüllten Booten im Mittelmeer berichtet, die Notrufe  
94 abgesetzt hatten, jedoch von den maltesischen und italienischen Behörden  
95 ignoriert wurden. Die Bundesregierung forderte von den Seenotrettungs-NGOs sogar  
96 einen Stopp ihrer Rettungseinsätze im Mittelmeer. Damit unterstützt Deutschland  
97 die Blockadepolitik Italiens, Maltas und anderer Mitgliedstaaten und nimmt in  
98 Kauf, dass Menschen im Mittelmeer sterben oder aber in libysche Folterlager  
99 zurückgebracht werden, wo auf sie die Hölle auf Erden wartet. Das ist zutiefst  
100 unmenschlich.

101 Im zentralen Mittelmeer trotzen zivilgesellschaftliche Seenotretter\*innen der  
102 tödlichen Blockadepolitik und retten auch in Zeiten von Corona so viele Leben  
103 wie nur möglich. Wir Grüne stehen an der Seite dieser starken und solidarischen  
104 Zivilgesellschaft und stellen uns ihrer zunehmenden Kriminalisierung entgegen.

105 Die Pandemie erfordert zusätzliche Vorsichtsmaßnahmen, aber sie entbindet einen  
106 nicht von der Pflicht, Menschen vor dem Ertrinken zu retten. Die Häfen Italiens  
107 und Maltas sind offen, es fahren täglich Schiffe ein und aus. Es gibt keinen  
108 Grund, sie ausgerechnet für Rettungsschiffe zu schließen.

109 **Wir Grüne fordern, dass sich die Bundesregierung gemeinsam mit anderen**  
110 **Mitgliedstaaten und der EU-Kommission dafür einsetzt, dass Italien und Malta**  
111 **ihre Häfen für Rettungsschiffe wieder öffnen.** Und wir brauchen dringend und  
112 weiterhin ein europäisches Seenotrettungsprogramm für das Mittelmeer, zu dem  
113 auch Deutschland mit Booten seinen Beitrag leisten muss.

114 Um eine mögliche Ausbreitung des Virus zu verhindern, können Schutzsuchende auf  
115 derzeit still liegenden Fähren und Kreuzfahrtschiffen in 14-tägige Quarantäne  
116 gebracht werden. Danach muss eine Verteilung der Menschen auf EU- Staaten  
117 erfolgen. Hierfür braucht es eine Neuauflage und Erweiterung des Abkommens von  
118 Malta aus dem vergangenen September.

## 119 **Ein gerechtes und effizientes Europäisches Asylsystem voranbringen**

120 **Wir Grüne setzen uns für eine Reform des Europäischen Asylsystems ein. Dabei**  
121 **müssen faire, schnelle und geordnete Verfahren an den europäischen Außengrenzen**  
122 **genauso wie ein funktionierender Verteilmechanismus im Zentrum stehen.**  
123 Langwierige Verfahren, Zulässigkeitsprüfungen und Vorprüfungen von Asylanträgen  
124 führen zu Situationen wie derzeit auf den griechischen Inseln. Und genau das  
125 wollen wir vermeiden. Schutzsuchende müssen deshalb an den Außengrenzen schnell  
126 registriert werden, einen Gesundheitscheck und Sicherheitskontrollen durchlaufen  
127 und dann rasch auf die Mitgliedstaaten verteilt werden. Kapazitäten der  
128 Aufnahmezentren dürfen nicht überschritten werden.

129 Um Schutzsuchende gerecht zu verteilen, setzen wir auf einen Ansatz, der das  
130 Potenzial der Solidarität in Europa voll ausschöpft. Hunderte von Städten und  
131 Gemeinden in Europa haben sich bereit erklärt, Asylsuchende aufzunehmen. Für uns  
132 ist das der Ausgangspunkt. Wer helfen will, muss helfen können. Dabei müssen EU-  
133 Gelder zur Unterstützung bereitgestellt werden. Wir setzen auf positive Anreize  
134 zur Stärkung der Solidarität. Wenn die freiwilligen Kapazitäten erschöpft sind  
135 und weitere Plätze für Asylsuchende benötigt werden sollten sich in einem

136 weiteren Schritt alle Mitgliedsstaaten solidarisch beteiligen. Mitgliedstaaten,  
137 die sich grundsätzlich gegen die Aufnahme von Schutzsuchenden sperren, sollen  
138 stattdessen einen angemessenen Beitrag leisten und sich so an einem  
139 funktionierenden Europäischen Asylsystem beteiligen.

#### 140 **Geflüchtete auch hierzulande schützen**

141 Im Kampf gegen die Ausbreitung des Corona-Virus darf es keine doppelten  
142 Standards geben. Auch Geflüchtete müssen vor Corona geschützt werden – weltweit  
143 und hier in Deutschland. Neben zwingenden Hygieneplänen für eine Entzerrung  
144 innerhalb der Erstaufnahmeeinrichtungen und in Gemeinschaftsunterkünften muss  
145 eine sofortige Umverteilung von mindestens den Risikogruppen und den  
146 schutzbedürftigen Personen in die Kommunen erfolgen.

147 Abschiebungen sind derzeit faktisch ausgesetzt, da der Flugverkehr nahezu  
148 eingestellt wurde. Es ist auch aus menschrechtlicher Sicht absolut inakzeptabel,  
149 in Zeiten einer Pandemie an Abschiebungen festzuhalten, wie es die  
150 Bundesregierung jedoch tut. Sie gefährdet damit nicht nur die Geflüchteten,  
151 sondern auch die beteiligten Beamt\*innen und das Bordpersonal.

152 **Neben den 16 Landesintegrationsbeauftragten und zahlreichen Flüchtlings- und**  
153 **Menschenrechtsorganisationen fordern auch wir Grüne, Abschiebungen ausnahmslos**  
154 **auszusetzen.** Dafür soll ein Abschiebestopp aus humanitären Gründen erlassen und  
155 die Abschiebhaft entsprechend ausgesetzt werden. Das BAMF und die  
156 Ausländerbehörden sollten keine negativen Bescheide mehr ausstellen, da  
157 Beratungsstellen und Anwält\*innen nur eingeschränkt arbeitsfähig sind. Alle in  
158 Deutschland lebenden Menschen sollten unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus  
159 uneingeschränkt Zugang zu unserem Gesundheitssystem haben. Auch bei den  
160 Sozialleistungen muss darauf geachtet werden, dass Empfänger\*innen nach dem  
161 Asylbewerberleistungsgesetz bei den Hilfspaketen nicht vergessen werden.